

formale Kriterien, aber auch Argumente aus dem historischen Umfeld herangezogen, etwa nachweisbare sonstige Erneuerungsarbeiten in der betreffenden Stadt.

Aus dem Vorstehenden konnte schon klarwerden, dass C. für diese Arbeit, und nicht nur für die einzelnen Inschriften, ein eindrucksvolles Maß an Literatur aufgearbeitet hat; das Literaturverzeichnis umfasst dementsprechend auch mehr als vierzig Seiten (286–326). Dass auch ein Quellenregister mit einer Inschriftenkonkordanz, ein Ortsverzeichnis und ein „Indice delle cose notevoli“ mit den außerordentlich nützlichen Belegen für Fachbegriffe aus den Inschriften selbst nicht fehlen, muss nicht besonders hervorgehoben werden.

Die Inschriften decken, mit ganz wenigen Ausnahmen, zeitlich den Bereich vom 1. Jh. v. Chr. bis zum Ende des 2. Jh.s n. Chr. ab. Dass es später keine entsprechenden Zeugnisse mehr gibt, erklärt C. (in den „Conclusioni generali“, 101 f.) einleuchtend mit der im Wesentlichen abgeschlossenen Urbanisierung Italiens und dem inzwischen auch erfolgten Ausbau der Straßen. Wir wissen aber aus eigener leidvoller Erfahrung, dass Straßen immer wieder der Erneuerung bedürfen. Nur: Ausbesserungsarbeiten (falls sie überhaupt vorgenommen wurden) mochten weder den städtischen Behörden noch privaten Stiftern attraktiv genug erscheinen, um sie durch Inschriften zu dokumentieren.

Vincenzo Giuffrè, *Homines militares e status rei publicae. Torsioni di una costituzione*, Napoli (Jovene) 2013 (Storia politica costituzionale e militare del mondo antico 7) X, 126 S., ISBN 978-88-243-2287-4 (brosch.) € 16,–

Besprochen von **Wolfgang Havener**: Heidelberg,
E-Mail: wolfgang.havener@zaw.uni-heidelberg.de

DOI 10.1515/klio-2017-0026

Befasst man sich mit der Geschichte der späten römischen Republik, so steht man früher oder später unweigerlich vor der Frage nach den Ursachen für die tiefgreifenden Veränderungen des politischen Systems, die schließlich in die Errichtung einer Alleinherrschaft in Rom mündeten. Die Etablierung des augusteischen Prinzipats, so formulierte schon Ronald Syme in „The Roman Revolution“, kann nur vor dem Hintergrund der Bürgerkriege verstanden und erklärt werden. Es verwundert daher kaum, dass in der Forschung immer wieder Versuche unternommen wurden, die Entwicklungen des 1. Jh.s v. Chr. umfassend in den Blick zu nehmen und zu untersuchen, welche Faktoren schließlich dafür verantwortlich waren, dass die Senatsaristokratie den alleinigen Zugriff auf die machtpolitischen Ressourcen einbüßte. Ein Erklärungsansatz, der insbesondere

in der älteren Forschung verfolgt wurde, richtete den Fokus vor allem auf die sich wandelnde Rolle der Armee und die zunehmende Bedeutung des Militärs im Rahmen der spätrepublikanischen Politik.

Der italienische Rechtshistoriker Vincenzo G(iuffrè) greift in dem hier zu besprechenden Buch, das aus drei größeren Kapiteln, einer Bibliographie und drei Indizes („Argomenti“, „Autori“, „Fonti“) besteht, eine Grundfrage dieses Ansatzes wieder auf: Er wolle herausarbeiten, so formuliert er es in der Einleitung, weshalb und auf welche Weise es den *homines militares* im 1. Jh. v. Chr. gelungen sei, die Vorherrschaft der Nobilität zu brechen (18 f.) und auf diese Weise den *status rei publicae* umfassend und unwiderruflich zu verändern (13 und 16). Unter dem Terminus *status rei publicae* versteht G. dabei „l'ordinamento costituzionale come regolazione e presidio di aspetti e momenti operativi cruciali per la convivenza civile“ (11). Einführung und Untertitel des Buches („Torsioni di una costituzione“) geben bereits die Richtung zu erkennen, aus der sich der Autor der Thematik annähert: die Verfassungsgeschichte. G.s Überlegungen basieren auf der Annahme, dass sich die Entwicklungen der späten Republik prinzipiell in einen Rahmen rechtlicher Regelungen einordnen lassen. Sein Ziel ist es nach eigener Aussage, den *processus iuris* bzw. die *viae iuris constituendi* nachzuverfolgen, an deren Ende die Errichtung des augusteischen Prinzipats gestanden habe; er wolle Momente aufzeigen, an denen sich Eingriffe in die verfassungsmäßige Ordnung der Republik nachweisen ließen, die als Reaktionen auf sich wandelnde politische Rahmenbedingungen begriffen werden könnten (25).

Im ersten Kapitel („L'antefatto“) erörtert G. die Frage, wie sich die Reformen, die der militärische Apparat im 1. Jh. v. Chr. durchlief, auf die Rolle der Soldaten in der Politik und im öffentlichen Leben Roms auswirkten. Er bewegt sich dabei in altbekannten Bahnen: Die Einführung eines besoldeten Freiwilligenheeres, mithin einer Art Berufsarmee, habe zum einen dazu geführt, dass sich Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Soldaten und ihren Feldherren ausbildeten (38–42). Zum anderen diagnostiziert G. ein steigendes Bewusstsein des militärischen Sektors für die eigene politische Bedeutung (43). Beides habe dazu geführt, dass die Armee sich zu einer Art *corpus separatum* (47) entwickelt habe, ab- und ausgegrenzt von der Zivilgesellschaft. Insbesondere die Angehörigen der Senatsaristokratie hätten im militärischen Apparat vor allem ein notwendiges Übel gesehen, das man einerseits dazu einsetzen konnte, um politische Ziele zu erreichen, andererseits jedoch von den zentralen Schaltstellen der Macht habe fernhalten wollen (44–47).

Zudem erörtert G. in diesem Abschnitt (36–37) am Beispiel des Marius eine Frage, der er sich im weiteren Verlauf seines Textes immer wieder zuwendet: Welche Rolle kommt dem Individuum im geschichtlichen Prozess zu? Ausdrücklich beruft sich G. dabei auf seinen akademischen Lehrer Francesco De

Martino, der die Wechselwirkung zwischen einzelnen Personen und historischen Entwicklungen hervorgehoben habe. Die Initiative des Marius sei nur vor dem Hintergrund der spezifischen Rahmenbedingungen des ausgehenden 2. Jh.s v. Chr. erklärbar, habe jedoch ihrerseits erst die Rahmenbedingungen für künftige Politiker geschaffen.

Im zweiten Kapitel „Le guerre e la civiltà romano-italica“ unternimmt G. den Versuch, die seiner Ansicht nach wichtigsten Schritte des konstitutionellen Wandlungsprozesses nachzuzeichnen und auf diese Weise aufzuzeigen, welche Elemente der Verfassung der militärische Sektor instrumentalisierte, um die politische Macht zu erringen. Zentrale Bedeutung kommt dabei G. zufolge den außerordentlichen Militärkommanden (*imperia extraordinaria*) und den verlängerten Promagistaturen zu (54–56). Seit Marius seien in einer steten Folge von Verstößen gegen die republikanische Verfassung immer neue Präzedenzfälle geschaffen worden, die den Weg in die Zukunft wiesen, ihrerseits durch verschiedene Faktoren begünstigt worden seien und schließlich den Ausnahme zum Regelfall hätten werden lassen (61–62). Auf diese Weise, so G., habe die Senatsaristokratie ihr Monopol auf die militärische Befehlsgewalt eingebüßt und sich stattdessen den Machtansprüchen von Aufsteigern aus dem militärischen Bereich gegenübergesehen. Diese Entwicklung, d. h. die wachsende Bedeutung des militärischen Sektors und die prekäre Verbindung von sich wandelnden rechtlichen Regelungen und politischer Macht, spiegele sich auch in den zeitgenössischen literarischen Quellen wider (68–74).

Das dritte Kapitel befasst sich mit den Auswirkungen der Präzedenzfälle auf das konstitutionelle System und der Frage, wie es Augustus schließlich gelingen konnte, diese Präzedenzfälle zu institutionalisieren. Dabei widmet sich G. zunächst den intellektuellen Rahmenbedingungen dieser politischen Entwicklungen (77–90). Er kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere ein epikureisch geprägter Relativismus das politisch-juristische Gedankengut der Epoche geprägt habe: Der römische Staat sei beispielsweise in den Schriften Ciceros nicht als ein ideales Modell entworfen, sondern stets in seiner Prozesshaftigkeit dargestellt worden. Die Wandlungen, die der *status rei publicae* im 1. Jh. v. Chr. durchlief, seien vor diesem Hintergrund vor allem als Ergebnis konkreter wirtschaftlicher und sozialer Interessen zu verstehen: Ihre Träger hätten die rechtlichen Regelungen dazu genutzt, um diese Interessen durchzusetzen und gegen die Ansprüche anderer zu immunisieren. Jede Art von Verfassung müsse daher im Zusammenhang mit spezifischen sozialen und politischen Kontexten gedacht werden (84–87). Die augusteische Ordnung schließlich sei als unumgänglicher Endpunkt der vorangegangenen Entwicklungen anzusehen – sowohl hinsichtlich ihrer verfassungsrechtlichen Praxis als auch ihrer (rechts-)theoretischen Fundierung (90–109). Zum Ausdruck komme dies G. zufolge u. a. im Bereich der

Rechtsfindung und der Rolle der Juristen unter Augustus: Der *princeps* habe sich der Juristen vor allem dazu bedient, seinen machtpolitischen Vorstellungen eine rechtliche Grundlage zu geben und auf diese Weise seinen Interessen zur Durchsetzung zu verhelfen (109–114). Letztlich entspreche daher auch Augustus der Idee De Martinos: Die Etablierung des Prinzipats sei nicht als Revolution zu verstehen, sondern als eine Abfolge von Handlungen, die sich aus den gewandelten politischen und sozialen Umständen ergaben – und die ihrerseits diese Kontexte für die Zukunft entscheidend prägten (115–117).

An entscheidenden Stellen wäre eine eingehendere Auseinandersetzung G.s mit den verschiedenen Aspekten des von ihm adressierten Themenkomplexes wünschenswert gewesen: Wenn er beispielsweise stets „den“ militärischen Sektor „der“ Zivilgesellschaft gegenüberstellt, gerät aus dem Blick, dass es sich dabei keineswegs um zwei homogene Blöcke handelte. Eine Untersuchung der Bedeutung des militärischen Sektors für die römische Politik müsste weit differenzierter auf unterschiedliche Interessenlagen innerhalb der Senatsaristokratie eingehen, die letztlich überhaupt erst zu einem Erstarken der *homines militares* führten – auch dies ist übrigens ein Begriff, mit dem sich mittlerweile eine umfangreiche Forschungsdiskussion verbindet, die reflektiert werden sollte. Gleiches gilt für den Terminus der „Heeresklientel“ und das dahinter stehende Konzept, das in G.s Überlegungen durchscheint: Zwar betont er zu Recht, dass die Soldaten der späten Republik kaum als bloße Instrumente in der Hand ihrer Feldherren angesehen werden können. Wenn er jedoch gleichzeitig das Bild eines „Armee-proletariats“ zeichnet, das seine wenngleich wegweisenden Forderungen weder klar artikulierte noch organisiert vorbrachte, so entspricht dies nicht dem Befund, der sich in den Quellen zum römischen Bürgerkrieg bietet. Und auch die Bedeutung der augusteischen Militärreformen, denen gerade vor dem Hintergrund der zugrundeliegenden Fragestellung und Methode eine zentrale Bedeutung zukommen müsste, werden lediglich summarisch erwähnt, aber nicht eingehend analysiert.

Zudem erschwert G.s essayistischer Stil mitunter, seinen Gedankengängen zu folgen – nicht nur für die im Klappentext explizit adressierten „Nicht-Fachleute“. Es wäre sicher von Vorteil gewesen, die Verbindungslinien zwischen den einzelnen Abschnitten stärker herauszuarbeiten und es dem Leser dadurch zu ermöglichen, den roten Faden besser nachzuvollziehen: Die inhaltliche Gestaltung des Textes erweckt zuweilen den Eindruck, als würde es sich bei den Überlegungen zu den *homines militares* und zu den unterschiedlichen *status rei publicae* eher um eine Reihung voneinander unabhängiger Studien handeln als um eine zusammenhängende Untersuchung.

Dabei findet zugleich eine bezeichnende Einengung des Gegenstandes statt: Die politische Bedeutung des militärischen Sektors gerät im Verlauf des Textes

immer weiter in den Hintergrund und spielt schließlich in den Abschnitten zum augusteischen Prinzipat nahezu keine Rolle mehr. Stattdessen legt G. das Augenmerk verstärkt auf juristische und rechtsphilosophische Aspekte, gewissermaßen auf die „Verrechtlichung“ der Stellung des *princeps*. Das Militärische ist in dieser Perspektive lediglich in den rechtlichen Vollmachten des Augustus, insbesondere seinem umfassenden *imperium*, präsent (94–95). Zwar postuliert G. abschließend, dass verfassungsgeschichtliche und staatsrechtliche Entwicklungen stets in ihrem politischen und sozialen Kontext zu sehen seien. Darin ist ihm sicherlich zuzustimmen. Den entscheidenden Schritt, der sich aus dieser Feststellung ergeben muss, unternimmt er selbst jedoch nicht: Denn diesen Kontext lediglich auf philosophische Strömungen zu reduzieren, wird der Komplexität des Prozesses, in dem sich das augusteische Prinzipat als Herrschaftsform in Rom etablierte, kaum gerecht. Gerade für die Analyse des augusteischen Prinzipats wäre es notwendig gewesen, die von G. im ersten Kapitel angelegte Linie nicht aus den Augen zu verlieren, sondern hier im Gegenteil noch mehr in die Tiefe zu gehen. Dabei kann es nicht darum gehen, die Rolle des Individuums in der Geschichte nachzuzeichnen. Stattdessen kann der von G. aufgegriffene Ansatz einer Analyse der Bedeutung des Militärischen in der späten Republik und im augusteischen Prinzipat in struktureller Hinsicht weiterentwickelt werden: In der Tat bildete die Rolle des *princeps* als Oberbefehlshaber und siegreicher Feldherr eine der zentralen Säulen der augusteischen Ordnung. Ihre Ausgestaltung weist über den rein staatsrechtlichen bzw. rechtsphilosophischen Bereich, auf den G. sich konzentriert, jedoch weit hinaus. Eine eingehende Analyse der späten Republik, des augusteischen Prinzipats und der Bedeutung des militärischen Bereichs für die Politik des ersten *princeps* darf nicht mit der Feststellung enden, dass die „Prinzipatsverfassung“ am Ende einer Reihe von „torsioni“ einer wie auch immer gearteten republikanischen Verfassung steht. Vielmehr kann eine solche Analyse in der von G. am Ende formulierten Erkenntnis, dass rechtliche Regelungen stets in ihrem politischen und sozialen Kontext gesehen werden müssen, erst ihren Ausgangspunkt nehmen – und man müsste letztlich anders als G. den Begriff der „Verfassung“ als solchen hinsichtlich seiner Funktionalität für eine solche Analyse kritisch hinterfragen, wie es in der alt-historischen Forschung der letzten Jahre bereits vielfach geschehen ist.